

# Kassensturz

Durch die Corona-Krise verlieren die Gemeinden 210 Millionen Euro

Von Marc Schlammes

Es sind zwei gute Botschaften, die Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) gestern mit Blick auf ihre Gemeinden verkündet: Zum einen haben die Kommunen die Krise besser überstanden als zu Beginn befürchtet. Zum anderen hat sich die Gemeindefinanzreform bewährt.

Neben der Reform der Rettungsdienste, die in der Gründung des CGDIS mündete, ist die Reform der kommunalen Finanzlandschaft das zweite heiße Eisen, das Dan Kersch (LSAP) als Innenminister zwischen 2013 und 2018 schmiedete. Mehr Stabilität, mehr Solidarität und mehr Gerechtigkeit seien 2016 die drei Zielsetzungen der Reform gewesen, blickt Taina Bofferding zurück und verweist gleichsam mit Blick auf die Zwischenbilanz, dass diese Vorgaben bis dato erreicht worden seien. So sieht die Banque centrale in ihrem Gutachten, das sich auf die Vor-Corona-Jahre bezieht, lediglich in puncto Stabilität Luft nach oben.

Ministerin Bofferding, zu deren Hausaufgaben laut Koalitionspro-



„Die Gemeinden bleiben handlungsfähig“, blickt Taina Bofferding auf die Bewältigung der Pandemie zurück. Foto: Guy Jallay/LW-Archiv

● *Auch wenn 2020 kein einfaches Jahr war, so ist die Gesamtlage der Gemeindefinanzen nach einem Jahr Pandemie viel besser als anfangs erwartet.*

Taina Bofferding, Innenministerin

gramm die Bestandsaufnahme der Finanzreform gehört, weist ihrerseits darauf hin, dass im regionalen Vergleich der Jahre 2015 und 2020 heute im Osten, Norden, Süden und Zentrum durchschnittlich mehr Gelder je Einwohner ausgeschüttet werden. Möglich geworden sei diese ausgewogenere Verteilung der nicht-zweckgebundenen staatlichen Gelder durch eine jährliche Speisung des Fonds de dotation globale des communes (FDGC) mit zusätzlichen 90 Millionen Euro und eine Umverteilung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

In absoluten Zahlen sind es 2020 in einer Ost-Gemeinde 3 134,65 Euro (2015: 2 400,87 Euro) gewesen, im Norden 3 154,28 Euro (2 486,27 Euro), im Süden 3 113,18

## Milliardenverlust

Beim Syvicol sieht man die Finanzlage der Gemeinden weniger optimistisch als im Innenministerium. Den Gemeinden würden Einnahmeverluste in Milliardenhöhe drohen, heißt es in einer Stellungnahme, in der die reelle Entwicklung mit den Prognosen von 2019 verglichen wird. Dieser Einnahmeverlust hätte zur Folge, dass die Gemeinden entweder ihre Investitionen kürzen oder verstärkt auf Anleihen zurückgreifen müssten. *mas*

uro (2 305,12 Euro) und im Zentrum (ohne die Hauptstadt) 3 082,25 Euro (2 376,02 Euro). Das Kriterium der Ausgewogenheit reflektiert sich auch darin, dass die Schere zwischen Arm und Reich mittlerweile weniger auseinander geht als noch 2015. Erstreckte sich der kommunale Graben 2015 zwischen 1 831 und 4 107 Euro je Einwohner/Gemeinde, lag er 2020 zwischen 2 788 und 4 507 Euro.

„Es ist gut, dass die Reform vor der Pandemie erfolgte“, steht für die Ministerin fest, dass dies mit dazu beigetragen hat, dass die Gemeinden die Corona-Krise ziemlich schadlos überstanden haben.

## „Keine Katastrophenrhetorik“

Taina Bofferding sieht mit den vorliegenden Zahlen denn auch die Kritik einzelner Oppositionspolitiker wie Syvicol-Präsident Emile Eicher (CSV) und der frühere CSV-Innenminister Michel Wolter widerlegt, demnach die Krise die Gemeinden vor strukturelle Probleme stellen würde. „Das ist Katastrophenrhetorik. Wir basieren uns auf reelle Fakten.“

Zu diesen Fakten zählen jene 210 Millionen Euro, die, Stand März 2021, weniger auf die insgesamt 102 kommunalen Kassen verteilt werden, als ursprünglich im Oktober 2019 prognostiziert. Allerdings sei der Einbruch beileibe nicht so dramatisch gewesen, wie noch im Mai 2020 befürchtet, als mit Einbußen über 418 Millionen Euro gerechnet worden sei, blickt Taina Bofferding zurück und hält fest, dass die Gemeinden „handlungsfähig“ geblieben sind.

Diese Handlungsfähigkeit macht die LSAP-Politikerin an Kriterien wie dem Investitionsvolumen oder der Einstellungspolitik fest. 2020 wuchs die Personaldecke der Kommunen um 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr und für das laufende Jahr wird ein Plus von drei Prozent prognostiziert. Das Investitionsvolumen der Gemeinden bewegt sich weiter im Milliardenbereich; machte es 2017 1,06 Milliarden Euro aus, waren es 2020 1,235 Milliarden Euro. Damit würden die Gemeinden ihrer Rolle als wichtiger Wirtschaftsakteur und Auftraggeber gerecht, so die Ministerin. Um das hohe Niveau an Investitionen zu gewährleisten, griffen die

Gemeinden im vergangenen Jahr in verstärktem Maße auf Darlehen zurück beziehungsweise zapften ihren Reservefonds an – sofern dieser in den vergangenen Jahren ausreichend gespeist wurde.

In dem Maße, wie sich die öffentlichen Finanzen erholen, dürfen die Gemeinden in den Folgejahren wieder mit höheren Zuwendungen aus FDGC und Gewerbesteuer rechnen; zwischen 2022 und 2024 wird ein Volumen von 2,2, 2,4 und 2,5 Milliarden Euro vorhergesagt.

Geholfen hat den Gemeinden im vergangenen Jahr laut Ministerin Bofferding auch die fünfprozentige Anhebung der Subsidien beim Bau von gemeinnützigen Einrichtungen. „Wir haben keine Gemeinde im Regen stehen lassen“, unterstreicht sie die partnerschaftliche Rolle, die das Innenministerium gegenüber den Gemeinden einnehmen soll.

Dazu gehören auch die Beraterdienste, die in Finanzfragen angeboten werden. Im Laufe der Krise sind 21 Anfragen gestellt worden, die meisten davon aus dem Norden des Landes. Für 2021 stehen drei weitere Beratungen an. Darüber hinaus ist das Intérieur bestrebt, die budgetäre Entwicklung der 102 Gemeinden möglichst präzise zu begleiten. Eine digitale Instrumententafel samt Ampelmodell soll wie eine Art Frühwarnsystem funktionieren, falls eine Gemeinde finanziell abzugleiten droht.

## „Realitätsfern“

„210 Millionen Euro weniger sind für die Innenministerin offenbar nicht der Rede wert“, kritisiert CSV-Co-Fraktionschef Gilles Roth die Einschätzung von Taina Bofferding als „realitätsfremd“ und „parteilich eingefärbt“. In einem Communiqué werfen die Christlich-Sozialen der Ministerin vor, „die Lage zu verkennen“, denn diese Minderereinnahmen würden auch den kleineren und mittleren Unternehmen verloren gehen, „die aktuell auf jede Einnahmequelle angewiesen sind“. Darüber hinaus bedauert die CSV, dass es „offenbar keine mittelfristige Perspektive für die Entwicklung der Gemeindefinanzen gibt“. *mas*